

zehn Jahre und länger erhalten hat, nicht aufgeben“, erklärte er im Juni 1957, „ohne uns zu vergewissern, daß wir uns nicht einer hoffnungslosen Unterlegenheit auf konventionellem Gebiet aussetzen.“

Macmillan verteidigte die Kernwaffenversuche, regte jedoch gemeinsam mit Eisenhower an, nach einem narrensicheren Kontrollsystem zu suchen. Das geschah ein Jahr später, als sich im Sommer 1958 westliche und sowjetische Wissenschaftler in Genf versammelten, um gemeinsame Empfehlungen auszuarbeiten, wie die Einhaltung eines Atomtest-Verbots überwacht werden könne.

Die Atomexperten aus West und Ost kamen zu folgenden Schlüssen:

- ▷ Eine Kontrolle ist notwendig, um geheime Kernwaffenversuche aufzuspüren — das hatte die Sowjetregierung bestritten.
- ▷ Die Überwachung eines Atomtest-Verbots ist technisch möglich — das hatte die amerikanische Regierung bezweifelt.

Die Experten empfahlen ein kostspieliges Kontrollsystem: Ein Netz von 180 Überwachungsstationen, jede mit 30 Wissenschaftlern und Hilfskräften besetzt, sollte den Erdball umspannen, um künftige Nuklear-Verbrecher zu entlarven.

40 dieser Kontrollstationen, die sämtlich einer internationalen, der Uno angegliederten Behörde unterstehen sollten, waren für die beiden Teile Amerikas vorgesehen, 37 für Asien, 16 für Afrika, sechs für Europa und sieben für Australien. 60 Beobachtungsstellen sollten sich auf Inseln in den sieben Weltmeeren und zehn weitere auf Schiffen befinden.

Der umfangreiche Bericht der Atomwissenschaftler, der freilich die später so heftig umstrittene Frage der unterirdischen Kernwaffenversuche nur oberflächlich behandelte, diente den Diplomaten der drei Atommächte, die sich am 31. Oktober 1958 im Genfer Völkerbundpalast zur Atomtest-Konferenz versammelten, als Arbeitsgrundlage. Ihre Aufgabe: einen Vertrag über die kontrollierte Einstellung aller Kernwaffenversuche auszuarbeiten.

Zuvor hatten die USA, die Sowjet-Union und Großbritannien verkündet, daß sie bis auf weiteres — das hieß: zumindest für die Dauer der Genfer Konferenz — keine weiteren Kernwaffenexperimente unternehmen wollten.

Diese unkontrollierte, unbefristete Einstellung der Atomteste dauerte bis zum 1. September 1961 — bis zu jenem Tage, an dem die Sowjet-Union ihre Kernwaffenversuche wiederaufnahm und bald darauf eine Superbombe erprobte, die 58 Megatonnen Sprengkraft — gleich 58 Millionen Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs — besaß.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Delegierten der drei Atommächte auf 337 Sitzungen in diplomatischer Filigranarbeit von den 25 Artikeln des projektierten Atomtest-Vertrags 17 formuliert, ohne freilich in den entscheidenden Punkten eine Einigung zu erzielen. Nach dreijährigen Verhandlungen waren die politischen Positionen nahezu unverändert:

- ▷ Die USA, assistiert von Großbritannien, waren nicht bereit, einem Verbot der Atomwaffenversuche ohne internationale Kontrolle zuzustimmen;

- ▷ die Sowjet-Union wünschte ein uneingeschränktes Testverbot ohne — oder mit möglichst wenig — Kontrolle.

Durch den sowjetischen Bruch des ungeschriebenen Atomtest-Verbots sahen sich die USA — für die in Genf Amateur-Diplomat Arthur Dean die Russen an zähem Sitzfleisch übertraf — zunächst in ihrer Auffassung bestätigt, kein Abkommen ohne ausreichende Kontrollklauseln zu unterschreiben. Die Verhandlungen wurden schließlich nach 353 Sitzungen im Januar 1962 von den Sowjets abgebrochen.

Doch die Mehrheit der Uno-Vollversammlung zwang die Atommächte wieder an den Konferenzstisch. Am 15. März 1962 trat in Genf eine neue 17-Mächte-Abrüstungskonferenz zusammen, die Amerikanern, Briten und Sowjetrussen sogleich auftrag, in einem Unterausschuß die Frage des Atomtest-Verbots zu lösen.

Während der jahrelangen Verhandlungen hatte die Wissenschaft beträchtliche Fortschritte gemacht, ohne daß sie von den Abrüstungsdiplomaten zunächst zur Kenntnis genommen wurden. Auch unterirdische Kernwaffen-

Doch die naheliegende, von Kennedys wissenschaftlichem Chefberater Dr. Jerome Wiesner empfohlene Schlußfolgerung, nun auf den komplizierten Apparat eines internationalen Netzes von Kontrollstationen bei der Überwachung eines Atomtest-Verbots zu verzichten, wurde in Washington nicht gezogen. Die US-Regierung hielt mit Rücksicht auf weiter reichende Abrüstungsvereinbarungen am Prinzip der Kontrolle fest.

Die Sowjets hatten bereits im November 1961 behauptet, daß die vorhandenen nationalen Systeme zur Aufdeckung geheimer Kernwaffenversuche völlig ausreichten. Aber es gab noch die sogenannten „ungeklärten seismischen Ereignisse“, etwa 30 jährlich allein in der Sowjet-Union, die Inspektionen an Ort und Stelle erforderlich zu machen schienen.

Nikita Chruschtschow („Wir werden niemals den Spionen der Nato das Tor öffnen!“) hatte sich im Dezember 1962 schließlich mit zwei bis drei dieser Inspektionen auf sowjetischem Territorium einverstanden erklärt; die USA verlangten zunächst 20 und wollten sich später mit sieben bis acht begnügen. Bei diesem Stande 3:7 blieb es, bis Rußlands Atom-Veteran Zarapkin in Genf mürrisch erklärte: „Weitere Verhandlungen sind Zeitverschwendung.“

Erst Monate später, unter dem Eindruck des Bruches mit China, kam nun auch die Sowjetregierung zu der Auffassung, daß bei unterirdischen Versuchen, die in die Reihe der „ungeklärten seismischen Ereignisse“ fallen könnten, keinesfalls kriegsentscheidende strategische Atomwaffen getestet werden können. Damit war der Weg zu einem west-östlichen Atomtest-Kompromiß frei.

Aber eine Hintertür bleibt offen: Jede der drei unterzeichnenden Atom-mächte kann sich vom Vertrag zurückziehen, wenn sie glaubt, daß Kernwaffenversuche anderer Staaten ihre eigene Sicherheit gefährden.

USA

ZAHLUNGSBILANZ

Moralische Aufrüstung

Im Tiefkeller der New Yorker Bundesbank wiederholt sich ein für die USA beängstigender Vorgang in immer kürzeren Zeitabständen:

Ein hydraulisch betriebener Karren hält vor dem für die USA reservierten Gewölbe-Safe, Angestellte laden eine abgezählte Menge Goldbarren im Wert von je 15 000 Dollar ein, und der Karren schwenkt die 25 Pfund wiegenden Ziegelsteine aus Gold in einen der Safes anderer Nationen, wo sie eingestapelt werden.

Jeder Goldtransport dient der Bezahlung aufgelaufener Schulden.

Die goldenen Ziegel tragen das Währungsgebäude der westlichen Welt, und der ständige Goldabzug aus dem US-Safe in die Kasematten der Handelspartner drohte das Finanz-Bauwerk zu erschüttern.

Als das Zahlungsbilanzdefizit der USA auf den Jahresdurchschnitt von 3,2 Milliarden Dollar geklettert war, ordnete der Präsident Amerikas deshalb vorletzte Woche gegenüber 22 Indu-



US-Atomtest-Diplomat Dean
30 ungeklärte Ereignisse

versuche oberhalb einer gewissen Größenordnung (etwa 20 Kilotonnen, die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe) konnten nun nicht länger verborgen bleiben.

Amerikanische Seismographen, die in den USA in verlassenen Ölbohrungen etwa 3000 Meter unter der Erdoberfläche angebracht waren, hatten über 8000 Kilometer hinweg die zunächst geheimgehaltene unterirdische Atomexplosion verzeichnet, die Frankreich am 1. Mai 1962 in der südöstlichen Sahara, im Hoggar-Gebirge, ausgelöst hatte.

„Es gibt erheblich weniger Erdbeben“, bemerkte das US-Verteidigungsministerium dazu, „die ähnliche Druckwellen erzeugen wie unterirdische Kernwaffenexplosionen, als ursprünglich angenommen wurde.“

strinationen restriktive Devisenmaßnahmen an.

John F. Kennedy sah sich zu dieser Sünde wider den freizügigen Zahlungsverkehr gezwungen, nachdem er seine Vorschläge zur Stärkung der amerikanischen Finanzen bisher weder in der Alten noch in der Neuen Welt hatte realisieren können:

- ▷ Eine erhoffte Exportoffensive der USA im Rahmen seines Trade Expansion Act ist im Kleinkrieg um europäische Einfuhrzölle und Geflügelkontingente steckengeblieben;
- ▷ eine Steuerreform, durch die Amerikas Wirtschaft angekurbelt werden soll, liegt noch unverabschiedet und höchst umstritten in den amerikanischen Kongreßausschüssen.

Selbst das amtlich geförderte Touristenprogramm „Besuch der USA im Jahre 1963“, das Washingtons Devisenkasse aufbessern sollte, erzielte trotz großer Anzeigen-Kampagnen in Europa keinen durchschlagenden Erfolg.

Statt dessen sanken die Goldreserven der Vereinigten Staaten in der vorletzten Woche auf einen Wert von 15,6 Milliarden Dollar und mithin auf den tiefsten Stand seit April 1939.

Zum selben Zeitpunkt hätten die Goldkarren der Bundesbank in New York für 12,8 Milliarden Dollar Gold in die Gewölbe der Partner-Länder verbracht, und noch mehr Milliarden Dollar waren im Besitz ausländischer Banken. Jeder Partnerstaat aber hat das Recht, die Dollarnoten jederzeit in Gold umzutauschen und damit den Amerikanern noch mehr Barren aus dem Keller zu holen.

Die meisten Notenbanken der mit den USA verbündeten Länder hielten zwar ihre Dollarguthaben bewußt nur auf Konten, das heißt ohne auf dem Goldumtausch zu bestehen. Je mehr Dollar indes durch Handelsgeschäfte, Erwerb ausländischer Wertpapiere durch Amerikaner oder durch Stationierungskosten für amerikanische Truppen in den Partnerländern anfielen, desto schwächer wurde der Dollar an den internationalen Devisenbörsen notiert.

Die Dollarschwemme drückte auf den Wert der westlichen Leitwährung, und die Stillhaltefront der Notenbanken wurde besonders an der schwächsten Verbindungsstelle zwischen den USA und Europa brüchig: in Paris.

Während zum Beispiel die Deutsche Bundesbank zur Stützung des Dollars einen Teil ihrer Reserven in unverkäuflichen Papieren des US-Schatzamt an-

legte, tauschte der Nato-Partner Frankreich fleißig Papierdollar in Goldbarren um.

Anfang Juli wurde sogar aus Paris nach Washington gemeldet, de Gaulle beabsichtige, die französischen Dollarguthaben noch im Monat Juli sämtlich zu Gold zu machen. Die Franzosen waren anscheinend auch durch die versteckte Drohung, dann werde die neue Nato-Ölleitung im Werte von vielen Millionen Dollar um Frankreich herum durch Belgien nach Deutschland geführt werden, nicht zu bremsen.

In dieser Lage nahm Präsident Kennedy Zuflucht zu Maßnahmen, gegen



Goldbestände der US-Bundesbank: Umtausch im Keller

die sein Finanzminister, Douglas Dillon, sich lange mit Erfolg gewehrt hatte, weil sie das Mißtrauen gegenüber dem Dollar unter Umständen noch verstärken könnten.

Der amerikanische Präsident ließ als erstes den Diskontsatz, der für die Zinskosten kurzfristiger Kredite im Lande maßgebend ist, von drei auf dreieinhalb Prozent erhöhen. Auf diese Weise will er im Ausland angelegte amerikanische Gelder zurückholen und ausländische Kapitalanleger veranlassen, ihre Gelder auf amerikanische Banken zu legen.

Außerdem trat Kennedy einen Bittgang um 500 Millionen Dollar Kredit, in Form konvertierbarer Zahlungsmittel, beim Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) an, dem Finanz-Rangierbahnhof des Westens, den die reichen USA bei Kriegsende zur Kreditunterstützung des verarmten Europa ins Leben gerufen haben.

Kennedys Kredit soll einen währungstechnischen Kniff verwirklichen helfen: Mittels der Devisen wollen die USA verhindern, daß ihre Handels-

partner der IWF-Clearingstelle immer größere Dollar-Beträge einzahlen, die schließlich im Keller der amerikanischen Bundesbank abermals zu Gold gemacht würden.

Schließlich forderte der Präsident vom Kongreß die Vollmacht für eine nur schlecht kaschierte Maßnahme der Devisenbewirtschaftung. Danach müssen amerikanische Käufer ausländischer Wertpapiere künftig 15 Prozent des Aktienwertes und — je nach Laufzeit — 2,75 bis 15 Prozent vom Wert der Schuldverschreibungen als Sonder- oder Strafsteuer entrichten.

Da amerikanische Käufer an den Wertpapierbörsen der ganzen Welt gute Kunden sind, ging mit der Kennedy-Botschaft ein Kursbeben um den Erdball; an der Börse von Tokio gab es den größten Kurseinbruch seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Gerüchte über eine bevorstehende Dollar-Abwertung oder weitere Interventionen am amerikanischen Devisenmarkt („Industriekurier“: „Beginn einer Devisenbewirtschaftung?“) versuchte Kennedy mit der Versicherung zu zerstreuen: „Diese Nation wird den Dollar so gut wie Gold erhalten, frei konvertierbar, als Grundstein des Handels- und Zahlungssystems der freien Welt.“

Sein Programm dient nicht zuletzt der moralischen Aufrüstung amerikanischer Unterhändler, die bei den Regierungen der europäischen Verbündeten auf die Übernahme eines Teils der amerikanischen Rüstungs- und Entwicklungshilfelasten in der Welt dringen. Sie argumentieren jetzt, die Führungsmation des Westens habe den Finanzgürtel selbst auf die Gefahr hin enger gezogen, daß die Geldverteuerung der amerikanischen Konjunkturpolitik zuwiderlaufe.

Die Devisenmaßnahmen des Kennedy-Programms sind nicht umsonst auf das Jahresende 1965 befristet. Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt sollen nach den Wünschen Kennedys die Verbündeten in Europa jenen Teil der Finanzlast übernommen haben, der nach Ansicht Washingtons ihrer gewachsenen Wirtschaftskraft entspricht.

HAITI

MACHTKAMPF

Bring mir deinen Kopf

Die beiden Männer waren engste Freunde, keiner schien ohne den anderen denkbar: Gemeinsam herrschten sie über die karibische Inselrepublik Haiti — der frühere Landarzt François Duvalier als Präsident und Diktator, der ehemalige Landschullehrer Clément Barbot als allmächtiger Geheimpolizeichef.

Seit Anbeginn der Amtszeit Duvaliers im September 1957 war Barbot der Schatten „Papa Docs“, wie der Diktator sich nannte.

Der Mulatte diente seinem schwarzen Präsidenten nicht nur als Privatsekretär, er befahl auch die Palastwache des Staatsoberhauptes und organisierte für den Diktator eine Privatarmee, die